

Das Wahlergebnis hat die Position der antidemokratischen, monopolistischen Kräfte verstärkt, die mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus bestrebt sind, das deutsche Volk wiederum auf den verhängnisvollen Weg der Kriegsabenteuer zu drängen.

2. Die Kommunistische Partei Deutschlands als die einzig wahrhaft nationale Partei in Westdeutschland wurde während des Wahlkampfes faktisch unter Ausnahmegesetz gestellt. Alle anderen Parteien führten den Wahlkampf mit einer zügellosen Verleumdung und Hetze gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion, gegen die Volkdemokratien und gegen die demokratischen Errungenschaften der Ostzone durch. Diese Hetze war unmittelbar gegen die KPD gerichtet. Die Presse der Kommunistischen Partei, die ohnehin gegenüber der übrigen Presse auf jede Weise benachteiligt ist, wurde während des Wahlkampfes durch Teilverbote behindert, Wahlmaterial der Kommunistischen Partei wurde beschlagnahmt. Dadurch wurde im Wahlkampf der heuchlerische Charakter des Bonner Grundgesetzes enthüllt, das im Paragraph 5 die Pressefreiheit „garantiert“. Der Rundfunk und alle sonstigen Mittel der Massenbeeinflussung blieben in den Händen der alten Kräfte des Finanzkapitals und wurden zu einem ununterbrochenen Trommelfeuer der Hetze gegen die Kommunisten ausgenutzt. Der Führer der KPD, Max Reimann, wurde während des Wahlkampfes ins Gefängnis geworfen. Gegen die Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde ein brutaler Terror entfesselt, der sogar Todesopfer forderte. Das Exkommunizierungsedikt des Papstes spornte reaktionäre Geistliche an, die gläubigen Katholiken mit ewiger Verdammnis zu bedrohen, wenn sie für einen kommunistischen Kandidaten stimmen.

Auf der anderen Seite wurden extrem nationalistische Parteien, die offen als Nachfolger und Fortsetzer der NSDAP auf traten, von den Besatzungsmächten begünstigt und gefördert, um die Stimmen der mit der CDU- und SPD-Politik unzufriedenen Wähler aufzufangen.

Durch das reaktionäre Wahlsystem war schließlich von vornherein Vorsorge getroffen worden, daß die kommunistischen Stimmen bei der Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretung weniger ins Gewicht fallen als die anderer Parteien. Während zum Beispiel die CDU auf 52 932 Stimmen, die SPD auf 52 918 Stimmen einen Abgeordneten erhielt, mußte die KPD für einen Abgeordneten 90 695 Stimmen aufbringen. Dieses von den amerikanischen und englischen Gouverneuren